

Bezirksamtsvorlage Nr. 647
zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 06.08.2024

1. Gegenstand der Vorlage:

Bezirk Mitte: Gemeinsam gegen Sexismus

2. Berichterstatter/in:

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

3. Beschlussentwurf:

I. Das Bezirksamt beschließt:

Das Bezirksamt Mitte informiert über den Beitritt zum Bündnis Gemeinsam gegen Sexismus.

II. Bei der Bezirksverordnetenversammlung ist die beigefügte Vorlage zur Kenntnisnahme einzubringen.

III. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Bezirksbürgermeister beauftragt.

IV. Veröffentlichung: ja

V. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein

a) Personalrat: nein

b) Frauenvertretung: nein

c) Schwerbehindertenvertretung: nein

d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

Das Bezirksamt ist mit dem Beitritt zum Bündnis Gemeinsam gegen Sexismus einen weiteren Schritt gegangen, Sexismus innerhalb und außerhalb der Behörde zu bekämpfen. Sexismus bezeichnet jegliche Abwertung von Personen auf Grund ihres Geschlechts. Von Sexismus sind überwiegend Frauen* betroffen, oft auch in mehrfacher Hinsicht. Frauen mit Behinderung, Women of Color, Frauen mit Kopffüchern sind oft mehrfach betroffen. Wir erwarten eine Verringerung von Sexismus für unterschiedliche Personen.

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

Siehe 5.

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

Siehe 5.

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz:

keine

10. Mitzeichnung(en):

Bezirksbürgermeisterin Remlinger

Vorlage -zur Kenntnisnahme- über Bezirk Mitte: Gemeinsam gegen Sexismus

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 16.05.2024 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 1368/VI):

Das Bezirksamt wird ersucht, dem Bündnis "Gemeinsam gegen Sexismus", des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, beizutreten.

Des Weiteren wird ersucht, Führungskräfte und weitere Mitarbeiter*innen des Bezirksamtes in ihrer Teilnahme an Veranstaltungen und Ausstellungen des Bündnisses zu unterstützen und ihnen ausgearbeitete Materialien etc. des Bündnisses zur Verfügung zu stellen

Das Bezirksamt hat am 06.08.2024 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Die Bezirksbürgermeisterin ist im Namen des Bezirksamtes am 03.07.2024 dem Bündnis Gemeinsam gegen Sexismus beigetreten.

Sexismus ist in unsere Gesellschaft weit verbreitet. Er würdigt Menschen aufgrund ihres Geschlechtes herab.

Dem will das Bündnis „Gemeinsam gegen Sexismus“, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von der EAF Berlin gemeinsam mit diesem durchgeführt wird, entschieden entgegnetreten. Ziel ist es, Sexismus und sexuelle Belästigung zu erkennen, hinzusehen und wirksame Maßnahmen dagegen zu verankern. Schwerpunkt sind Maßnahmen gegen Sexismus und sexuelle Belästigung in der Arbeitswelt, im öffentlichen Raum und in Kultur und Medien. Eine wichtige Rolle ist die intersektionale Ausrichtung des Bündnisses, also der Verschränkung von Sexismus mit anderen Diskriminierungsformen.

Das Bündnis stellt eine Handreichung online bereit. Wir haben zudem gedruckte Exemplare bestellt.

Zudem gibt es Infoposter, die aktuell nicht bestellbar, jedoch herunterzuladen sind.

Der Projektflyer, der alle wichtigen Informationen enthält, ist ebenfalls bereits bestellt.

Das Bezirksamt wird die Infomaterialien austeilen und für die Teilnahmen an Veranstaltungen aktiv werben und die Mitarbeitenden für die Teilnahmen freistellen. Hier stellen wir die besondere Rolle der Führungskräfte in den Mittelpunkt.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 in Verbindung mit §36 Bezirksverwaltungsgesetz.

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

keine

Berlin, den 06.08.2024

Bezirksbürgermeisterin Remlinger